Haftungsrecht in der kommunalen Praxis

**Handbuch
zur Organisation der Haftungsvermeidung**

Von

Carsten Rotermund

Syndikus bei der Versicherungskammer
Bayern

und

Dr. Georg Krafft

Rechtsanwalt in München

4., völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über dnb.ddb.de abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter

[ESV.info/978 3 503 10676 9](http://ESV.info/978_3_503_10676_9)

1. Auflage 1996
2. Auflage 2001
3. Auflage 2004
4. Auflage 2008

ISBN 978 3 503 10676 9

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2008

www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Bibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO Norm 9706.

Gesetzt aus der Times New Roman 9/11 Punkt

Satz: multitext, Berlin

Druck und Bindung: Druckhaus Berlin-Mitte

Vorwort zur vierten Auflage

Über zwölf Jahre nach Erscheinen der ersten Auflage 1995 haben sich der Verlag und der Verfasser für eine grundsätzliche Überarbeitung und weitgehende Neustrukturierung des Buches entschlossen, ohne jedoch das bewährte Grundmuster anzutasten.

Es ist mir eine besondere Freude, dass es gelungen ist, mit Herrn Rechtsanwalt Dr. Georg Krafft einen langjährig erfahrenen Experten zu gewinnen, der insbesondere das bisher nicht behandelte Thema Prozessrecht ausführlich aus der Sicht der kommunalen Praxis beleuchtet.

Neben dem neu aufgenommenen Kapitel XII – Verfahrensrechtliche Grundlagen und Besonderheiten des kommunalen Haftpflichtprozesses – hat Herr Dr. Krafft im Wesentlichen die Kapitel V – Baurecht – und teilweise VII – Daseinsvorsorge – vollkommen neu bearbeitet. Das bisherige Kapitel VIII – Gefahrenabwehr – wurde in das Kapitel VII eingegliedert. Die bisherigen Ausführungen zum Prozessrecht, etwa zu Beweisfragen, wurden im neuen Kapitel XII zusammengefasst. Ebenfalls vollkommen neu ist das Unterkapitel zu den Praxisproblemen im Urheber-, Kennzeichen- und Markenrecht, insbesondere im Zusammenhang mit kommunalen Bauaufträgen. Von den übrigen umfangreichen Aktualisierungen sind das Arzthaftungsrecht, die Verkehrssicherungspflichtverletzung, das Vergaberecht und der kommunale Haftpflichtversicherungsschutz unter Berücksichtigung des neuen VVG hervorzuheben.

Im Interesse einer Praxisorientierung wurde bewusst auf umfangreiche Literaturverweise verzichtet. Der Schwerpunkt der Erläuterungen orientiert sich an der Rechtsprechung des BGH, vornehmlich des für Staatshaftung zuständigen III. Zivilsenats und der Instanzgerichte.

Auf Grund des erheblich gewachsenen Umfangs haben wir uns entschlossen, auf die Aufnahme der Musterdienstanweisungen der BADK zu verzichten. Wir verweisen insoweit auf die Voraufgabe sowie unmittelbar auf die BADK, bei der die Muster nach wie vor bezogen werden können.

Auf mehrfache Anregung haben wir sämtliche neu eigenarbeiteten Entscheidungen des BGH nur noch mit Angabe des Aktenzeichens und des Datums und nicht mehr mit Angabe einer Fundstelle zitiert. Diese Entscheidungen können unmittelbar auf der Internetseite des BGH (<http://www.bundesgerichtshof.de>) abgerufen werden.

Der Stand der Bearbeitung entspricht dem der Rechtsprechung und Literatur, soweit sie bis zum November 2007 veröffentlicht waren. Wichtige neue 2007 und 2008 in

Vorwort zur vierten Auflage

Kraft getretene Gesetze, wie z.B. das das Umweltschadengesetz, das neue VVG oder das Rechtsdienstleistungsgesetz, wurden bereits berücksichtigt.

Mein Dank gilt neben Herrn Dr. Krafft für die angenehme und stets inspirierende Zusammenarbeit erneut der Versicherungskammer Bayern, hier insbesondere Herrn Wittmann, Frau Rechtsanwältin Nicole Tassarek, Herrn Rechtsanwalt Arne Trautmann (Kanzlei Tacke Roas Krafft in München), sowie nicht zuletzt wiederum meiner Frau *Renate*, ohne deren Geduld, Unterstützung und Hilfe auch diese Auflage nicht hätte heraus gebracht werden können.

Traunstein, im Dezember 2007

Carsten Rotermund

Vorwort zur ersten Auflage

Das vorliegende Buch stellt den Versuch dar, einen möglichst umfassenden Überblick über die zivilrechtliche Haftung der Kommunen zu verschaffen. Es richtet sich vornehmlich an alle diejenigen (auch Nichtjuristen), die in der Praxis mit der Geltendmachung oder der Abwehr von Schadensersatzforderungen gegen die Gemeinden befasst sind. Insbesondere soll es durch Aufzeigen der Haftungsrisiken und Ratschläge zur Schadenverhütung dazu beitragen, die Schädigung Dritter und daraus resultierende Forderungen durch kommunale Tätigkeiten überhaupt zu vermeiden.

Die Arbeit beruht auf den Erfahrungen aus meiner Tätigkeit als Schadenreferent einer kommunalen Haftpflichtversicherung und der Auswertung von über 450 Urteilen, die zum Teil bisher noch nicht veröffentlicht wurden. Im Interesse einer praktischen Handhabung habe ich auf die Darstellung rechtswissenschaftlicher Meinungsstreite bewusst weitgehend verzichtet und den Schwerpunkt auf die Erläuterung und kritische Würdigung der Rechtsprechung, insbesondere des Bundesgerichtshofs, gelegt. Die Fundstellen sind in den Text eingearbeitet worden, von der Einfügung von Fußnoten wurde abgesehen. Literaturhinweise beschränken sich im Wesentlichen auf die jedem Praktiker zugänglichen Standardwerke und -zeitschriften, so dass zu einzelnen Problemen nachgelesen werden kann, ohne auf spezielle Bibliotheken oder Universitätsbüchereien zurückgreifen zu müssen.

Soweit nicht selbst erstrittene Urteile verwertet wurden, habe ich zu einem Großteil auf die Veröffentlichungen in den „*Informationen der Bundesarbeitsgemeinschaft Deutscher Kommunalversicherer*“ (BADK-Information) zurückgegriffen, die speziell Entscheidungen und Aufsätze zur Kommunalhaftung publiziert. Diese Zeitschrift kann von den Kommunalverwaltungen über die für sie zuständigen Kommunalversicherer (Anschriften am Ende des Buchs) bezogen werden.

Da sich das Buch auch an Sachbearbeiter in der Kommunalverwaltung und andere Personen richtet, die keine rechtswissenschaftliche Ausbildung durchlaufen haben, habe ich mich bemüht, in den ersten Kapiteln jedenfalls in den Grundzügen auch die allgemeinen Grundlagen des Haftungsrechts zu erläutern, auf die dann später zurückverwiesen wird.

Zur Auflockerung und Veranschaulichung wurden immer wieder durch Kursivdruck abgesetzte *Beispiele* eingestreut, die im Wesentlichen den besprochenen Gerichtsentscheidungen nachgebildet sind.

In den Anhang des Buchs habe ich Muster für Dienstanweisungen und Kontrollblätter aufgenommen, um die Organisation der Haftungsvermeidung zu erleichtern. Diese

Vorwort zur ersten Auflage

Muster sind freundlicherweise von der BADK zur Verfügung gestellt und deren Broschüre „*Haftungsrechtliche Organisation im Interesse der Schadenverhütung*“ entnommen worden, die Ende 1995 neu herausgegeben und aktualisiert werden wird.

Ich hoffe daher, dem Benutzer eine umfassende und praxisorientierte Darstellung des kommunalen Haftungsrechts zur Verfügung stellen zu können.

Mein besonderer Dank für ihre wertvolle Mithilfe gilt Herrn *Walther Kappler*, Herrn *Alexander Kuhn* und Herrn *Dieter Schneider* für die Durchsicht des Manuskripts, der *Versicherungskammer Bayern*, insbesondere Herrn *Binder* und Herrn *Kintzel* für die Beschaffung der erforderlichen Literatur und Rechtsprechung sowie dem *KSA der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen* für die Hilfe bei der Ausarbeitung des Kapitels über die Kommunalhaftung in den neuen Bundesländern. In ganz besonderer Weise möchte ich mich auch bei meiner Frau *Renate* für ihre Mithilfe bedanken, ohne deren Geduld und Verständnis diese Arbeit nicht hätte vollendet werden können.

Rechtsprechung, Literatur und Gesetzgebung wurden berücksichtigt, soweit sie bis zum September 1995 veröffentlicht waren.

Für Anregungen und Kritik bin ich dankbar.

Traunstein, im Oktober 1995

Carsten Rotermund

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
Vorwort zur vierten Auflage	5	
Vorwort zur ersten Auflage	7	
Abkürzungsverzeichnis	23	
KAPITEL I		
Einführung		
	31	1– 34
1. Die Verantwortlichkeit der Gemeinden und Kreise als juristische Personen	33	6– 17
1.1 Haftungsrechtliche Zurechnung hoheitlicher Tätigkeiten ..	34	7– 11
1.2 Haftungsrechtliche Zurechnung privatwirtschaftlicher Tätigkeiten	38	12– 17
2. Die persönliche Haftung des Bediensteten	41	18– 32
2.1 Haftung der Beamten	41	19– 22
2.2 Haftung der Arbeiter und Angestellten	43	23
2.3 Rückgriff des Dienstherrn	43	24– 32
2.3.1 Rückgriffshaftung des Beamten	44	25– 26
2.3.2 Rückgriffshaftung des Arbeiters/Angestellten	44	27– 32
KAPITEL II		
Haftungsgrundlagen		
	49	33–247
1. Verschuldenshaftung	49	34–136
1.1 Privatrechtliche Deliktshaftung, §§ 823 ff. BGB	51	39– 63
1.1.1 Rechtsgutsverletzung und Schaden	52	40– 58
1.1.2 Rechtswidrigkeit	61	59– 61
1.1.3 Verschulden	62	62– 63
1.2 Amtshaftung	63	64–108
1.2.1 Inhalt und Umfang der Amtspflichten	63	65– 71
1.2.1.1 Gesetzlich geregelte Amtspflichten	64	66
1.2.1.2 Abgeleitete Amtspflichten, Zuständigkeits- und Verfahrensvorschriften	64	67– 68
1.2.1.3 Ausübung von Ermessens- und Beurteilungsspielräumen ..	65	69
1.2.1.4 Gebrauch von Rechtsmitteln und Rechtsbehelfen	66	70– 71

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
1.2.2	Drittbezogenheit der Amtspflichten	67 72– 78
1.2.3	Verschulden.	70 79– 81
1.2.4	Rechtswidrigkeit	72 82
1.2.5	Fehlende anderweitige Ersatzmöglichkeit (Verweisungsprivileg).	73 83– 92
1.2.6	Schadensabwendung durch Gebrauch eines Rechtsmittels	77 93– 95
1.2.7	Bindung im Amtshaftungsverfahren an verwaltungsgerichtliche Vorentscheidungen	78 96
1.2.8	Verjährung.	79 97–102
1.2.9	Der gemeinschaftsrechtliche Staatshaftungsanspruch.	83 103–108
1.3	Vertragliche Haftung.	85 109–136
1.3.1	Schadensersatz wegen Fehlens vereinbarter Beschaffenheiten	87 114–118
1.3.2	Positive Forderungsverletzung	89 119–125
1.3.3	Verschulden bei Vertragsschluss (culpa in contrahendo)	93 126–130
1.3.4	Haftungserstreckung gegenüber nicht am Vertrag beteiligten Dritten	96 131–136
1.3.4.1	Vertrag mit Schutzwirkung zu Gunsten Dritter	96 132–133
1.3.4.2	Drittschadensliquidation	97 134–136
2.	Gefährdungshaftung.	99 137–213
2.1	Haftpflchtgesetz (HPfIG)	100 138–168
2.1.1	Die Haftung des Bahnunternehmers	100 139–149
2.1.2	Die Anlagenhaftung	105 150–167
2.1.2.1	Keine Anwendbarkeit des HPfIG auf Rückstauschäden.	106 152–154
2.1.2.2	Reichweite der Haftung.	107 155–157
2.1.2.3	Haftung für Schäden durch Kanaldeckel.	108 158–161
2.1.2.4	Ausschluss der Ersatzpflicht	110 162–165
2.1.2.5	Inhaber der Anlage	112 166–167
2.1.3	Haftungsbegrenzung und Mitverschulden.	113 168
2.2	Straßenverkehrsgesetz (StVG)	113 169–181
2.3	Wasserhaushaltsgesetz (WHG).	119 182–194
2.3.1	Handlungshaftung	120 183–186
2.3.2	Anlagenhaftung.	122 187–190
2.3.2.1	Inhaber der Anlage	124 191
2.3.2.2	Ausschluss der Haftung	124 192–193
2.3.3	Schäden an Gewässern – § 22a WHG i. V. m. dem USchadG	125 194
2.4	Umwelthaftungsgesetz (UHG)	126 195–213
2.4.1	Begriff der „Anlage“	127 197–198
2.4.2	Umwelteinwirkung	128 199
2.4.3	Kausalität.	128 200–205
2.4.4	Haftungsumfang	131 206–207

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
2.4.5	Deckungsvorsorge	132 208–209
2.5	Umweltschadengesetz (USchG).	133 210–213
2.5.1	Umweltschaden	134 211
2.5.2	Verantwortlicher.	134 212
2.5.3	Sanierungspflicht – Kostentragung	135 213
3.	Enteignungs- und Ausgleichsansprüche.	135 214–247
3.1	Der enteignungsgleiche/enteignende Eingriff	137 217–231
3.1.1	Begriff des Eingriffs.	139 220–221
3.1.2	Unmittelbarkeit des Eingriffs.	140 222–223
3.1.3	Schwere des Eingriffs.	142 224–225
3.1.4	Verpflichteter	143 26
3.1.5	Einzelfälle.	144 227–231
3.1.5.1	Lärm	144 227
3.1.5.2	Schäden durch Ampelfehlschaltungen („feindliches Grün“)	145 228–230
3.1.5.3	Verzögerung der Antragsbearbeitung	147 231
3.2	Der Aufopferungsanspruch	147 232–233
3.3	Der nachbarrechtliche Ausgleichsanspruch	148 234–242
3.4	Spezialgesetzliche Sonderregelungen	153 243–246
3.5	Verjährung	156 247

KAPITEL III

	Die Staatshaftung in den neuen Bundesländern	157 248–273
1.	Das Staatshaftungsgesetz der DDR.	158 248
1.1	Die Fortgeltung des StHG-DDR als Landesrecht	158 251–252
1.2	Der Haftungstatbestand des StHG-DDR	159 253–256
1.3	Der Umfang der Haftung	162 257–258
1.4	Die Schadenminderungspflicht	163 259
1.5	Verjährung	163 260
1.6	Verfahren	164 261
1.7	Verhältnis des StHG-DDR zu anderen Anspruchs- grundlagen	165 262–264
2.	Amtshaftung im Zusammenhang mit der Regelung vermögensrechtlicher Ansprüche.	166 265–273
2.1	Erteilung von Genehmigungen nach der Grundstücks- verkehrsordnung	166 266–271
2.2	Erteilung fehlerhafter Auskünfte über die Stellung von Restitutionsansprüchen.	169 272–273

	Seite	Randnummer
KAPITEL IV		
Die Verkehrssicherungspflichtverletzung	171	274–434
1. Allgemeines	171	274–287
1.1 Umfang der Verkehrssicherungspflicht	172	275–287
1.2 Verpflichteter	181	288
2. Sicherung des Straßenverkehrs	182	298–385
2.1 Verantwortlichkeit für den Straßenzustand	183	292–323
2.1.1 Kontrollpflichten	185	296–298
2.1.2 Pflichten gegenüber dem Fahrverkehr	186	299–317
2.1.2.1 Gefahren durch Schlaglöcher und Kanaldeckel	187	300–305
2.1.2.2 Gefahren durch Straßenbankette	189	306–308
2.1.2.3 Verkehrsberuhigende Maßnahmen	191	309–312
2.1.2.4 Freihaltung des Luftraumes über der Straße	195	313–314
2.1.2.5 Beleuchtung der Straßen und Wege	196	315
2.1.2.6 Parkhäuser und Parkplätze	196	316
2.1.2.7 Verantwortlichkeit gegenüber Radfahrern	197	317
2.1.3 Pflichten gegenüber dem Fußgängerverkehr	198	318–323
2.1.3.1 Unebenheiten im Straßenbelag	199	320–321
2.1.3.2 Beleuchtung der Gehwege	200	322
2.1.3.3 Verunreinigungen	200	323
2.2 Räum- und Streupflicht	201	324–363
2.2.1 Sachlicher Umfang der Räum- und Streupflicht	202	325–336
2.2.1.1 Zeitliche Grenzen	204	330–334
2.2.1.2 Wahl der Streumittel	207	335–336
2.2.2 Pflichten gegenüber dem Fahrverkehr	208	337–344
2.2.2.1 Verkehrswichtige Straßen	209	339
2.2.2.2 Gefährliche Stellen	210	340–341
2.2.2.3 Einmündungsbereiche	211	342
2.2.2.4 Parkplätze	211	343
2.2.2.5 Radfahrer	212	344
2.2.3 Pflichten gegenüber dem Fußgängerverkehr	212	345–352
2.2.3.1 Gehwege und Gehbahnen	213	346
2.2.3.2 Fußgängerüberwege	214	347–348
2.2.3.3 Außerörtliche Gehwege	215	349
2.2.3.4 Parkplätze	215	350
2.2.3.5 Fußgängerzonen	216	351
2.2.3.6 Bushaltestellen	216	352
2.2.4 Organisationspflichten	217	353–354
2.2.5 Übertragung von Sicherungspflichten auf Anlieger	218	355–363
2.2.5.1 Satzungen und Rechtsverordnungen	218	356–357
2.2.5.2 Inhalt und Umfang der Übertragung	219	358–360
2.2.5.3 Überwachungspflichten	221	361
2.2.5.4 Eigentümlichkeiten in einigen Bundesländern	222	362–363

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
2.3 Straßenbäume	222	364–370
2.4 Bauarbeiten	227	371–380
2.4.1 Absicherung, Beschilderung	228	373–375
2.4.1.1 Fehlschaltung von Baustellenampeln	229	376
2.4.1.2 Mobile Verkehrsschilder	230	377
2.4.2 Tiefbauarbeiten, Schäden an Versorgungsleitungen	230	378–379
2.4.3 Verschmutzungen	231	380
2.5 Verkehrsregelungspflicht	232	381–385
3. Gebäude und öffentliche Einrichtungen	235	386–434
3.1 Gebäude	235	387–392
3.1.1 Fußböden	236	389–390
3.1.2 Lichtschachtabdeckungen	237	391
3.1.3 Sonderregelungen: § 836 BGB und vermietete Einrich- tungen	238	392
3.2 Sporteinrichtungen	238	393–396
3.3 Kindergärten, Schulen und Spielplätze	240	397–404
3.3.1 Anforderungen an Spiel- und Sportgeräte	241	399
3.3.2 DIN-Vorschriften	242	400–401
3.3.3 Kontrollen und Dienstanweisungen	243	402–403
3.3.4 Abenteuerspielplätze, Einrichtungen für Inlineskates oder Skateboards	244	404
3.4 Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime	245	405–412
3.5 Dachlawinen	248	413–415
3.6 Schwimmbäder, Seen, Baggerseen, Wasserrutschen	250	416–428
3.6.1 Technische Ausgestaltung und Überwachung von Wasserrutschen	252	421–424
3.6.2 Überwachungs- und Organisationspflichten in Schwimm- bädern	254	425–428
3.7 Friedhöfe	256	429–434

KAPITEL V

Die kommunale Haftung im öffentlichen Baurecht

	259	435–546
1. Das Recht auf Baufreiheit	260	437
2. Bauplanungsrecht	260	438–479
2.1 Aufstellung und Änderung von Bauleitplänen	261	441–458
2.1.1 Haftung für enttäushtes Vertrauen	263	444–458
2.1.2 Amtspflichten im Zusammenhang mit dem Abwägungs- verbot	266	452–458
2.2 Überplanung kontaminierter Grundstücke (Altlasten)	270	459–479

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer	
2.2.1	Ausweisung kontaminierter Flächen als Amtspflichtverletzung	271	460–466
2.2.2	Wohn- und Arbeitsbevölkerung als „Dritte“	274	467–470
2.2.3	Kein allgemeiner Vertrauensschutz in Bebaubarkeit	276	471–474
2.2.4	Umfang des zu ersetzenden Schadens.	278	475–477
2.2.5	Keine Haftung nach Enteignungsgrundsätzen	279	478–479
3	Versagung und Erteilung des Einvernehmens	280	480–506
3.1	Erteilung des Einvernehmens	281	481
3.2	Versagung des Einvernehmens	282	482–491
3.2.1	Amtspflichten	282	483–484
3.2.2	Rechtswidrigkeit und Verschulden	283	485–486
3.2.3	Die Ersetzung des Einvernehmens	284	487–491
3.2.3.1	Voraussetzungen der Ersetzung	284	488
3.2.3.2	Haftungsrechtliche Konsequenzen der Ersetzungsbefugnis	285	489–491
3.3	Haftung wegen rechtswidriger Verzögerung	286	492–498
3.3.1	Vorbemerkung.	287	494
3.3.2	Zulässiger Bearbeitungszeitraum	288	495–498
3.4	Abwendung durch Gebrauch eines Rechtsmittels.	289	499
3.5	Ansprüche aus enteignungsgleichem Eingriff.	289	500–506
3.5.1	Verpflichtete	290	502
3.5.2	Anspruchsvoraussetzungen	290	503–504
3.5.3	Anwendbarkeit nach Ablauf der Frist des § 42 Abs. 7 BauGB	291	505
3.5.4	Höhe der Entschädigung	291	506
4.	Die Baugenehmigung	292	507–534
4.1	Amtspflichten	293	510–515
4.2	Geschützter Dritter bei rechtswidriger Versagung	295	516
4.3	Geschützter Dritter bei rechtswidriger Erteilung	296	517–518
4.4	Amtshaftung bei rechtswidriger Verzögerung	297	519–520
4.5	Baugenehmigung für ein altlastenverseuchtes Grundstück.	297	521
4.6	Verlässlichkeitsgrundlage	298	522
4.7	Verschuldensmaßstab	299	523–524
4.8	Abwendung durch Gebrauch eines Rechtsmittels.	299	525
4.9	Anderweitige Ersatzmöglichkeit	299	526–527
4.10	Umfang des zu ersetzenden Schadens.	300	528–533
4.11	Ansprüche aus enteignungsgleichem Eingriff.	302	534
5.	Kausalitätsfragen.	303	535–545
5.1	Verzögerungsfälle	303	536–537
5.2	Möglichkeit der Zurückstellung oder einer Veränderungssperre	304	538–542
5.3	Veränderungssperre und Bebauungsplan	306	543
5.4	Mitverursachung (mitwirkendes Verschulden).	306	544–545

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
6. Prozessrechtliche Fragen	307	546

KAPITEL VI

Kommunikations- und Organisationshaftung der Kommunalverwaltung

	309	547–578
1. Auskunftshaftung	309	548–560
1.1 Begriff der Auskunft	310	549–550
1.2 Verpflichtung zur Auskunftserteilung	311	551–554
1.3 Schutzzweck der Auskunft	313	555–557
1.4 Haftung für „Privatauskünfte“	314	558
1.5 Verschulden	315	559
1.6 Haftung für Zusagen	315	560
2. Ansprüche wegen rechtswidriger Äußerungen	316	561–569
2.1 Ansprüche gegen die Anstellungskörperschaft	316	562–563
2.2 Ansprüche gegen den Beamten persönlich	317	564
2.3 Abgrenzung zwischen Werturteil und Tatsachen- behauptung	318	565–567
2.4 Prozessrechtliche Fragen	319	568–569
3. Organisationshaftung	320	570–578
3.1 Stilllegung von Kraftfahrzeugen durch die Zulassungsstelle	321	572–573
3.2 Ermöglichung einer Eheschließung oder Testaments- errichtung bei Todesgefahr	322	574
3.3 Aufbewahrungspflichten in öffentlichen Einrichtungen ...	323	575
3.4 Ausschreibung und Besetzung öffentlicher Stellen	323	576–577
3.5 Ersatz von Verzögerungsschäden	325	578

KAPITEL VII

Haftung für Schäden durch Tätigkeiten im Rahmen der Daseinsvorsorge und der Gefahrenabwehr

	327	579–767
1. Überschwemmungsschäden	327	580–639
1.1. Abwasserbeseitigung	328	581–614
1.1.1 Schäden durch kommunale Entwässerungsanlagen	328	582–600
1.1.1.1 Ausreichende Dimensionierung	329	583–584
1.1.1.2 Wartung und Unterhaltung	331	585
1.1.1.3 Verpflichtung zur Anpassung – Reaktionspflicht auf den Klimawandel	332	586–588
1.1.1.4 Kausalität	333	589
1.1.1.5 Ansprüche nach dem Haftpflichtgesetz	334	590–593
1.1.1.6 Vertragliche Ansprüche	336	594–598

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
1.1.1.7 Ansprüche aus Nachbarrecht.	338	599
1.1.1.8 Öffentlich-rechtliche Entschädigungsansprüche.	338	600
1.1.2 Schäden durch Rückstau	338	601–611
1.1.2.1 Pflicht zum Einbau von Rückstausicherungen	339	602–605
1.1.2.2 Amtshaftung bei fehlender Rückstausicherung.	341	606–608
1.1.2.3 Keine Haftung nach dem Haftpflichtgesetz	343	609–610
1.1.2.4 Ausgleichsansprüche bei Rückstau	343	611
1.1.3 Haftungsausschlüsse in kommunalen Entwässerungs- satzungen	344	612–614
1.2 Schäden durch Oberflächenwasser	345	615–626
1.2.1 Gewässerunterhaltung und Verkehrssicherungspflicht.	346	618–621
1.2.2 Gewässer Ausbau	348	622–626
1.3 Wild abfließendes Niederschlagswasser	351	627–633
1.3.1 Amtshaftung	351	628–630
1.3.2 Öffentlich-rechtliche Ausgleichsansprüche	353	631–633
1.4 Überschwemmungen durch Straßenbaumaßnahmen	354	634–635
1.5 Hochwasserwarnpflichten	355	636–637
1.6 Mitverschulden und anderweitige Ersatzmöglichkeiten	356	638–639
2. Gebäudeschäden durch Kanalbaumaßnahmen	357	640–646
2.1 Amtshaftungsansprüche	357	641–642
2.2 Vertragliche Ansprüche	358	643–644
2.3 Verschuldensunabhängige Ansprüche	358	645–646
3. Schädigungen durch Straßenbaumaßnahmen	360	647–651
4. Energie- und Wasserversorgung	362	652–660
4.1 Wasserversorgung	362	653–657
4.2 Energieversorgung.	365	658–660
5. Müllabfuhr, Abfallbeseitigung	366	661–664
6. Verantwortlichkeit für in Obhut genommene Personen	369	665–684
6.1 Pflichten des Jugendamtes.	369	666–675
6.1.1 Unterbringung bei Pflegefamilien	369	667–668
6.1.2 Beistandschaft, Amtsvormundschaft.	370	669–675
6.2 Aufsichtspflichten in Kindergärten und Schulen	373	676–684
6.2.1 Anspruchsgrundlagen	373	677–680
6.2.2 Umfang der Aufsichtspflicht.	375	681–684
7. Ausschreibung öffentlicher Aufträge	376	685–721
7.1 Vergabeverfahren gem. §§ 97 ff. GWB.	377	686–711
7.1.1 Allgemeine Grundsätze	377	687
7.1.2 Öffentliche Aufträge	377	688–689
7.1.3 Ausgeschlossene Personen	378	690
7.1.4 Informationspflicht	379	691
7.1.5 Anwendbarkeit des Vergaberechts auf Kommunen und kommunale Einrichtungen als öffentlicher Auftraggeber	380	692

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
7.1.6	„Inhouse-Geschäfte“	380 693–696
7.1.7	Ausschreibungspflicht bei tarifvertraglicher Bezugs- bindung	382 697–698
7.1.8	Verkauf und Erwerb von Grundstücken, Bauträgerverträge, städtbauliche Verträge	383 699
7.1.9	Wirtschaftlichstes Angebot	383 700–701
7.1.10	Nachprüfungsverfahren – De-facto-Vergaben	385 702–708
7.1.10.1	Allgemeine Voraussetzungen	385 703–706
7.1.10.2	De-facto-Vergaben	386 707–708
7.1.11	Schadensersatz	387 709–711
7.2	Vergabeverfahren außerhalb des GWB	388 712–721
7.2.1	Rechtsnatur und Bindungswirkung der Verdingungs- ordnungen	388 713
7.2.2	Schadensersatz aus culpa in contrahendo (c.i.c.) bei fehlerhafter Ausschreibung	389 714–718
7.2.2.1	Verstoß gegen das Gebot der Zuschlagserteilung auf das wirtschaftlichste Angebot	389 715
7.2.2.2	Schadensersatzansprüche bei Aufhebung der Aus- schreibung	390 716–718
7.2.3	Verpflichtung zum Schadensersatz wegen Nichtdurch- führung einer europaweiten Ausschreibung	392 719–721
8.	Urheber-, Kennzeichen- und Markenrechte	394 722–743
8.1	Verletzung der Urheberrechte des beauftragten Architekten	395 723–730
8.1.1	Tatbestand des § 97 UrhG	395 724–727
8.1.2	Rechtsfolgen der Urheberrechtsverletzung	397 728–730
8.2	Verletzungen von Kennzeichen- und Markenrechten	398 731–743
9.	Haftung für Schäden durch Tätigkeiten zur Gefahrenabwehr	404 744–767
9.1	Haftung für polizeiliche Eingriffe	404 745–746
9.2	Entschädigungsanspruch des Nichtstörers	405 747–749
9.3	Haftung für Ermessensfehler	407 750–751
9.4	Haftung für sichergestellte und aufbewahrte Sachen	409 752–753
9.5	Feuerwehr	410 754–763
9.5.1	Amtshaftung	410 755–759
9.5.2	Haftungsbeschränkung nach den Grundsätzen der Geschäftsführung ohne Auftrag	412 760
9.5.3	Verletzung von Verkehrssicherungspflichten	413 761–762
9.5.4	Enteignungs- und Aufopferungsansprüche	413 763
9.6	Schäden im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylbewerbern und Obdachlosen	414 764–767

	Seite	Randnummer
KAPITEL VIII		
Arzthaftung		
	417	768–825
1. Allgemeines	417	768–769
2. Die Verantwortlichkeit der Kommunen als Krankenhausträger	418	770–786
2.1 Vertragliche Haftung	418	771–779
2.1.1 Der totale Krankenhausvertrag	420	774
2.1.2 Der gespaltene Arzt-Krankenhausvertrag	421	775–779
2.2 Deliktische Haftung	424	780–786
2.2.1 Haftung für Organe	424	781
2.2.2 Haftung für Verrichtungsgehilfen	425	782–785
2.2.3 Haftung beamteter Ärzte	427	786
3. Die Haftung für Behandlungsfehler	427	787–802
3.1 Arten von Behandlungsfehlern	428	788–791
3.2 Haftung für die Folgen der Geburt eines unerwünschten Kindes („Kind als Schadensquelle“)	430	792–798
3.3 Verschuldensmaßstäbe	435	799–802
4. Die Haftung für die Verletzung von Aufklärungspflichten	437	803–811
5. Organisations- Überwachungs- und Dokumentationspflichten	442	812–820
5.1 Organisationspflichten	442	813–816
5.2 Überwachung	444	817–818
5.3 Dokumentation	445	819–820
6. Beweisfragen	446	821–825
KAPITEL IX		
Der Ausschluss der Ersatzpflicht bei Arbeits- und Dienstunfällen		
	449	826–850
1. Der Haftungsausschluss bei Versicherungsfällen gem. §§ 104 ff. SGB VII	449	827–838
1.1 Begriff des Versicherungsfalls	451	829
1.2 Betriebliche Tätigkeit	451	830–835
1.3 Gestörtes Gesamtschuldverhältnis bei einer Mehrheit von Schädigern	454	836–838
2. Der Haftungsausschluss bei Dienstunfällen gem. § 46 Abs. 2 BeamtVG	455	839–850
2.1 Begriff des Dienstunfalls	458	843
2.2 Der Regress des Dienstherrn nach dem Erweiterungsgesetz	458	844–850

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
KAPITEL X		
Der Übergang von Schadensersatzansprüchen auf Dritte		
	461	851–881
1. Gesetzlicher Forderungsübergang	462	851–876
1.1 Zeitpunkt des Übergangs	465	856–860
1.2 Kongruenz	467	861–863
1.3 Der Anspruchsübergang bei gekürzter Schadensersatzforderung durch gesetzliche Haftungsbegrenzung und Mitverschulden.	469	864–876
1.3.1 Der Übergang auf den Sozialversicherungs- und Sozialhilfeträger nach § 116 SGB X (relative Theorie).	469	865–870
1.3.2 Der Übergang auf private Versicherungsunternehmen und den Dienstherrn/Arbeitgeber (Quotenvorrecht des Geschädigten).	472	871–876
2. Der Beitragsregress nach §§ 116, 119 SGB X	474	877–879
3. Abtretung von Schadensersatzansprüchen an den Arbeitgeber oder sonstige Dritte.	476	880–881
KAPITEL XI		
Kommunaler Haftpflichtversicherungsschutz		
	477	882–914
1. Grundlagen des Versicherungsschutzes.	478	884–909
1.1 Versicherter Personenkreis	480	888–889
1.2 Nicht versicherte Ansprüche	481	890–900
1.2.1 Erfüllungsansprüche und Erfüllungssurrogate	482	891–892
1.2.2 Vertragliche und besondere Zusagen	483	893–897
1.2.3 Ansprüche nach dem Umwelthaftungsgesetz.	486	898–899
1.2.4 Ansprüche nach dem Umweltschadengesetz	486	900
1.3 Obliegenheiten des Versicherungsnehmers	487	901–909
1.3.1 Anzeige des Versicherungsfalls	487	902
1.3.2 Mitwirkungs- und Aufklärungspflichten	487	903
1.3.3 Pflicht zur Abwendung und Minderung des Schadens	487	904–908
1.3.4 Kein Verbot der Anerkennung und Befriedigung von Ansprüchen	490	909
2. Das Prozessführungsrecht des Haftpflichtversicherers	491	910–914

KAPITEL XII
**Verfahrensrechtliche Grundlagen und
 Besonderheiten des kommunalen
 Haftpflichtprozesses**

	495	915–1077
1. Zuständigkeit der Gerichte	495	915– 924
1.1 Überblick	495	915
1.2 Rechtsweg für (Ersatz)Ansprüche gegen Kommunen	495	916– 921
1.3 Sachliche Zuständigkeit	499	922
1.4 Örtliche Zuständigkeit	499	923– 924
2. Der Verhandlungsgrundsatz	500	925– 931
2.1 Vorbemerkung	500	925
2.2 Beweissicherung zur Rechtsfindung und Rechtssicherung .	500	926
2.3 Hinweispflichten des Gerichts	501	927– 931
3 Darlegungs- und Beweisfragen	503	932–1007
3.1 Vorbemerkung	503	932
3.2 Die Darlegungs- und Beweislast und das Beweismaß	504	933– 946
3.2.1 Die Darlegungslast	504	933– 938
3.2.2 Die Beweislast	506	939– 942
3.2.3 Das Beweismaß	507	943– 946
3.3 Beweiserleichterungen	509	947– 951
3.3.1 Der Beweis des ersten Anscheins	510	948– 950
3.3.2 Die Beweislastumkehr	511	951
3.4 Anspruchsgrundlagen/Fallgruppen	511	952–1007
3.4.1 § 839 BGB i. V. m. Art. 34 GG	511	952– 970
3.4.1.1 Kausalität/rechtmäßiges Alternativverhalten/Mitverur- sachung	511	952– 962
3.4.1.2 Verlässlichkeitsgrundlage/Schutzwürdiges Vertrauen	518	963
3.4.1.3 Verschulden	518	964
3.4.1.4 Anderweitige Ersatzmöglichkeiten	519	965– 966
3.4.1.5 Schaden/Schutzzweck der Norm	521	967– 969
3.4.1.6 Abwendung durch Gebrauch eines Rechtsmittels	521	970
3.4.2 Ausgleichsansprüche (enteignender und enteignungs- gleicher Eingriff)	522	971
3.4.3 „Mitverschulden“ im Sinn des § 254 BGB	522	972– 973
3.4.3.1 Mitwirkendes Verschulden des Verletzten	523	974– 975
3.4.3.2 Schadenabwendung und -minderung	524	976– 977
3.4.3.3 Zurechnung von „Mitverschuldensbeiträgen“ Dritter	524	978
3.4.4 Verjährung	525	979
3.4.5 Unebenheiten auf Straßen und Wegen	525	980
3.4.6 Straßenbäume	526	981– 982
3.4.7 Winterdienst	527	983– 988
3.4.8 Anlagenhaftung	530	989

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
3.4.9	Überschwemmungsfälle (Gefasstes und nicht gefasstes Wasser)	530 990– 999
3.4.10	Vertragsrecht (Anschluss- und Benutzungsverhältnis)	534 1000–1001
3.4.11	Nachbarrechtliche Ausgleichsansprüche	535 1002
3.4.12	Baurecht	535 1003–1006
3.4.13	Aufsichts- und Überwachungspflichten des Jugendamtes	536 1007
4.	Die verschiedenen Beweismittel	536 1008–1022
4.1	Vorbemerkung	536 1008
4.2	Der Zeugenbeweis	537 1009–1010
4.3	Der Sachverständigenbeweis	538 1011–1015
4.4	Die Parteivernehmung und -anhörung	540 1016–1022
5	Bindung an bestandskräftige Verwaltungsakte und verwaltungsgerichtliche Entscheidungen	543 1023–1034
5.1	Vorbemerkung	543 1023
5.2	Bestandskräftiger und unanfechtbarer Verwaltungsakt	544 1024–1025
5.3	Rechtskräftige verwaltungsgerichtliche Entscheidungen	546 1026–1034
5.3.1	Vorbemerkung	546 1026
5.3.2	Identität des Streitgegenstandes und der Beteiligten	546 1027–1029
5.3.3	Keine Bindung im Bereich der Schadensentstehung (Kausalität)	547 1030–1033
5.3.4	Keine Bindung an Beschlüsse im Eilverfahren	549 1034
6.	Das selbstständige Beweisverfahren	549 1035–1036
7.	Die Streitverkündung	550 1037–1042
8.	Das Urteil	552 1044–1058
8.1	Vorbemerkung	552 1043
8.2	Das Endurteil	553 1044–1045
8.3	Grundurteil und Betragsverfahren	553 1047–1053
8.3.1	Prozessuale Voraussetzungen des Grundurteils	554 1047–1052
8.3.2	Bindungswirkung des Grundurteils für das Betragsverfahren	555 1053
8.4	Das Feststellungsurteil	556 1054–1058
8.4.1	Vorbemerkung	556 1054–1055
8.4.2	Reichweite der Rechtskraft und Präklusion	557 1056
8.4.3	Praktische Auswirkungen	557 1057–1058
9.	Die Rechtsmittel	559 1059–1077
9.1	Die Berufung	559 1059–1074
9.1.1	Statthaftigkeit der Berufung	560 1061
9.1.2	Berufungseinlegung und -begründung	560 1062–1065
9.1.3	Die Zulässigkeit neuen Vorbringens in der Berufungsinstanz	562 1066–1069
9.1.4	Die Entscheidung des Berufungsgerichts	563 1070–1072

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
9.1.5 Die Prüfungskompetenz des Berufungsgerichts	564	1073–1074
9.2 Die Revision	565	1075–1077
Literaturverzeichnis	567	
Stichwortverzeichnis	569	
Paragrafenverzeichnis	586	
Anschriften der Kommunalversicherer Deutschlands	592	